

## **V-6 Das Land Berlin muss die Sicherheit religiöser Einrichtungen gewährleisten**

Gremium: Landesausschuss  
Beschlussdatum: 28.02.2024  
Tagesordnungspunkt: TOP 5 Verschiedene Anträge

### **Antragstext**

1 Glaubens- und Gewissensfreiheit werden als allgemeines Menschenrecht durch das  
2 Grundgesetz ausdrücklich gewährleistet. Die Ausübung dieses Grundrechts muss zur  
3 Entfaltung seiner Wirksamkeit in der Realität staatlich geschützt werden.  
4

5 Der Schutz jüdischen Lebens in Berlin hat für uns oberste Priorität. Bündnis  
6 90/Die Grünen Berlin erklärt seine Solidarität mit allen, die sich in diesen  
7 Zeiten unter den Folgen des Terrors der Hamas nochmals drastisch stärker als  
8 zuvor Gefahren für Leib und Leben ausgesetzt sehen. Es sind vor allem die  
9 Mitglieder und Besucher\*innen der Berliner Synagogen, der jüdischen Schulen oder  
10 anderer jüdischer Einrichtungen, die in besonderem Maße gefährdet sind.  
11

12 Es ist gut und richtig, dass dem Schutz von besonders bedrohten Einrichtungen  
13 von Seiten der Polizei unverzüglich besondere Priorität eingeräumt und der  
14 Schutz erhöht wurde. In der derzeitigen Gefährdungssituation sollten dabei auch  
15 Orte geschützt werden, die nicht der unmittelbaren Religionsausübung dienen,  
16 aber religiös markiert sind.  
17

18 Auf jüdischer Seite ist besonderes Augenmerk auf die Institutionen zu legen, die  
19 durch das Sicherheitskonzept der Jüdischen Gemeinde nicht schon mitversorgt  
20 sind: Etwa die Drei-Religionen-Kita, die Synagogengemeinde Kahal Adass Jisroel  
21 und der Verein Hillel.  
22

23 Aber auch die Zunahme von Hass und Gewalt gegenüber islamischen Gemeinden oder  
24 Bildungseinrichtungen sehen wir mit Sorge.  
25

26 Das betrifft die Ibn-Rushd-Goethe-Moschee, die eine wichtige Anlaufstelle für  
27 queere und liberale Muslim\*innen in Berlin ist und die aufgrund  
28 bekanntgewordener Anschlagpläne des terroristischen IS-Ablegers "Islamischer  
29 Staat Provinz Khorosan" (ISPK) schon länger im Fokus steht und daher kürzlich  
30 von der Moscheeleitung geschlossen worden ist. Auch der aktuellen Zunahme an  
31 antimuslimischen Übergriffen und Anfeindungen muss entgegengewirkt werden.  
32 Wir fordern vom Berliner Senat und den Sicherheitsbehörden entsprechende

33 individuelle Gefährdungsbewertungen und wirksame Schutzkonzepte.

34

35 Die Religionsfreiheit muss in vollem Umfang wiederhergestellt und garantiert  
36 werden. Wir stehen an der Seite all derjenigen, die für die religiöse Vielfalt  
37 in Berlin und ihre Sichtbarkeit eintreten und sich für sie stark machen.

38 Alle Gläubigen, ob Jüd\*innen, Muslim\*innen, Christ\*innen oder andere, die  
39 friedlich und ohne Hass ihre Religion ausüben wollen, müssen dies ohne Gefahr  
40 für Leib und Leben tun können